

**Auszug aus dem Plenarprotokoll der  
185. Sitzung des 16. Deutschen Bundestages**

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Das Wort hat nun Kollege Niels Annen, SPD-Fraktion.

**Niels Annen (SPD):**

Herr Präsident, vielen Dank. – Meine Damen und Herren! Winni Nachtwei hat eben gesagt, dass der Ursprung des Mandats für den Einsatz deutscher Streitkräfte im Rahmen von OEF – das dürfen wir nicht vergessen, wenn wir über dieses Mandat beraten – die Anschläge vom 11. September sind. Vielleicht ist es in der Tat bezeichnend, dass wir heute hier darüber debattieren, während in den USA ein neuer Präsident gewählt wird.

Der amtierende US-Präsident ist mit dem internationalen Kampf gegen den Terrorismus verbunden und wird damit verbunden bleiben. Ich glaube, es ist nicht besonders mutig, wenn man voraussagt, dass er nicht aufgrund weiser Entscheidungen im Kampf gegen den Terror in Erinnerung bleiben wird.

So deutlich ich sage, dass es richtig gewesen ist, dass dieses Haus damals zugestimmt hat, so klar muss man auch sagen, dass sich das Nebeneinander von zwei unterschiedlichen Missionen nicht ausgezahlt hat. Die Vereinten Nationen haben, nachdem der eigentliche Auftrag in Afghanistan relativ schnell erfüllt war – Zerschlagung der al-Qaida-Camps und Absetzung der Taliban-Regierung –, eine Grundlage für die Wiederaufbauarbeit geschaffen, die wir mit unseren Soldatinnen und Soldaten, den Entwicklungshelfern und den anderen nach Afghanistan entsandten Menschen, mit allen, die dort arbeiten, leisten.

Wir mussten feststellen – darüber haben wir im Deutschen Bundestag häufig diskutiert –, dass das **Nebeneinander von OEF und ISAF** letztlich dazu geführt hat, dass die Legitimität unserer gemeinsamen internationalen Anstrengungen in den letzten Jahren Stück für Stück dadurch untergraben worden ist, dass es immer wieder, auch in den letzten Tagen und Wochen, zu unabgestimmten,

unverhältnismäßigen und unkoordinierten Aktivitäten kam, und zwar in der Regel bei Beteiligung – das muss ich leider sagen – der amerikanischen Soldaten unter dem Mandat von Enduring Freedom.

Vor wenigen Wochen wurde uns eine Studie von Human Rights Watch vorgelegt, die eindrucksvoll für die einzelnen Provinzen darlegt, dass der Strategiewechsel, den wir in diesem Haus immer wieder eingefordert haben, der allerdings schwer zu erklären ist, insofern erfolgreich war, als es so gut wie keine Todesopfer bei geplanten Luftoperationen der ISAF-Truppen gegeben hat. Wir müssen allerdings feststellen, dass es bei Luftunterstützungsoperationen zunehmend, auch in den letzten Tagen, zu zivilen Opfern gekommen ist, wenn amerikanische Streitkräfte in sogenannte Antiterroroperationen verwickelt waren.

An dieser Stelle möchte ich eines deutlich sagen: Wir haben häufig gehört, dass all das völkerrechtswidrig sei und unsere ganze Diskussion nur für die Galerie statfinde. Auch der Kollege Paech von der Linksfraktion hat darauf hingewiesen. Er hat gesagt, die Regierung und die Regierungsparteien müssten endlich begreifen, dass dieses Problem nicht mit militärischen Mitteln zu lösen ist. Ich sage Ihnen: Das ist die tägliche Praxis dieser Koalition und dieser Regierung.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich empfehle Ihnen, Herr Paech, sich einmal den Antrag anzusehen. Ich kann Ihnen gerne daraus vorlesen; ich habe ihn mitgebracht. Die Bundesregierung schreibt: Der Kampf gegen den Terrorismus ist in erster Linie keine militärische, sondern eine umfassende politische Aufgabe. – Dem ist nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei der SPD)

Dass die Diskussion in diesem Hause, aber auch in der Zivilgesellschaft und die Arbeit der vielen Nichtregierungsorganisationen, die sich vor Ort, aber auch in Deutschland mit der Lage in Afghanistan und mit dem Stand des Antiterrorkampfes auseinandersetzen, hier ernst genommen werden und dass wir Konsequenzen

auch aus dem Nebeneinanderher und dem Mangel an strategischer Abstimmung im Bündnis gezogen haben, zeigt die Vorlage, über die der Deutsche Bundestag in dieser Beratung zu entscheiden hat.

Ich glaube, dass es der richtige Weg ist, zu sagen: Wir ziehen die 100 **KSK-Kräfte** aus dem OEF-Mandat zurück. Das ist, wenn ich das einmal sagen darf, keine virtuelle Entscheidung. Diese Entscheidung hat einen politischen Wert und wird von unseren Verbündeten verstanden; denn wir sind nicht die Einzigen, die sich über diese Mängel im Alltag bei der Arbeit in Afghanistan im Rahmen dieser Operation beklagen.

Kollege Nachtwei hat darauf hingewiesen. Wir waren gemeinsam in Uruzgan und haben uns beispielsweise mit unseren niederländischen Kollegen unterhalten. Sie führen dort dieselbe Debatte. Deswegen bitte ich darum, dass wir auf Folgendes hinweisen: Wir machen hier keine innenpolitischen Spielchen. Wir machen auch keine Geschäfte – das haben Sie angedeutet, Herr Paech –, um die Zustimmung zu erleichtern. Wir arbeiten hier seit Jahren und suchen nach Wegen, in der richtigen Art und Weise mit dieser Verantwortung umzugehen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)

Die Beteiligung an einer internationalen Koalition ist nichts, aus dem man eben einmal aussteigt wie bei einer Aktie, die im Wert abstürzt. Das hat mit Abstimmungsprozessen und Diskussionsprozessen zu tun. Das kann man nicht von heute auf morgen entscheiden. Deswegen will ich ganz klar sagen: Die **völkerrechtliche Grundlage** steht nicht infrage. Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen – auf den berufen Sie sich ja immer, Herr Paech – hat das am 12. September 2001 festgestellt; er hat den Angriff auf die Vereinigten Staaten mit einem Angriffskrieg gleichgesetzt. Das ist die Lage, in der wir uns befinden.

Etwas ganz anderes ist die Frage, ob wir es uns als internationale Staatengemeinschaft dauerhaft erlauben wollen, uns auf dieser Rechtsgrundlage zu bewegen. Es gibt Diskussionen – auch in unserer Fraktion und im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen – über die Frage, ob wir die Bekämpfung der Piraterie, die hier

schon angesprochen worden ist, möglicherweise als Anlass nutzen sollten, um miteinander eine klarere politische Grundlage zu finden. Aber lassen Sie uns hier keine haarspalterischen Diskussionen führen. Auch in der erneuten UN-Resolution wird die Operation Enduring Freedom erwähnt. Deswegen sollten wir uns hier nicht auf Nebenkriegsschauplätze konzentrieren, sondern wir sollten die politische Diskussion führen. Wir stehen zu unserer Verantwortung und erkennen die Bedrohung, die hier genannt worden ist und auch am Horn von Afrika sichtbar wird.

Ich plädiere dafür, dem Antrag der Bundesregierung zuzustimmen. Ich glaube, dass wir gut beraten sind, dieses Zeichen auch an diejenigen zu senden, die nicht nur darüber diskutieren, sondern auch unter Einsatz ihres Lebens dafür einzustehen haben. Das sind unsere Soldatinnen und Soldaten. Ich bitte um Zustimmung.  
Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten  
der CDU/CSU)

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Zu einer Kurzintervention erteile ich das Wort dem Kollegen Norman Paech.

**Dr. Norman Paech (DIE LINKE):**

Lieber Kollege Annen, ich kann durchaus lesen. Ich lese zum Beispiel immer wieder, dass der Kampf gegen den Terrorismus nicht militärisch zu gewinnen ist. Das sagen die US-Amerikaner sowieso; das sagen die Generäle immer wieder. Eines aber müssen wir sehen: Wir führen hier zum wiederholten Mal eine Debatte, in der es ausschließlich um die Verteilung von Geldern für **militärische Maßnahmen** geht.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert  
Winkelmeier [fraktionslos])

Haben wir jemals eine Diskussion von der gleichen Güte und Länge geführt, in der es um die Finanzierung ökonomischer und ziviler Instrumente zur Bekämpfung des

Terrorismus ging? So eine Diskussion haben wir bisher nicht geführt. Wenn wir sie führen werden, dann werden wir auch anders zu dem Thema reden.

(Beifall bei der LINKEN sowie des Abg. Gert Winkelmeier [fraktionslos])

**Vizepräsident Dr. h. c. Wolfgang Thierse:**

Kollege Annen, bitte.

**Niels Annen (SPD):**

Herr Kollege Paech, es freut mich natürlich sehr, dass Sie des Lesens mächtig sind. Ich möchte Ihnen deswegen die Lektüre des Protokolls der Plenarsitzung, in der es um die Ergebnisse der Paris-Konferenz ging, empfehlen.

Darüber haben wir hier in diesem Hause diskutiert. Ich würde Sie gerne daran erinnern, dass die Bundesregierung die finanziellen Aufwendungen für den **Wiederaufbau** in Afghanistan verdoppelt hat; da kann ich auch aus der Rede, die Sie gerade vorgetragen haben, zitieren.

Wir haben Konsequenzen gezogen, auch aus den Diskussionen im Deutschen Bundestag und in der interessierten Öffentlichkeit, in denen man sich mit der Frage auseinandergesetzt hat: Ist die Beteiligung von über 100 KSK-Kräften am OEF-Mandat eigentlich ein Weg, der in die richtige Richtung geht? Wenn ich es richtig in Erinnerung habe, haben Sie selbst, als Sie vor wenigen Minuten an diesem Pult standen, diese Entscheidung gelobt. – Das sollten Sie sich noch einmal durchlesen. Die Bundesregierung und die Koalitionsfraktionen sind auf einem guten Weg. Wir führen hier keine Debatten für die Galerie.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU)